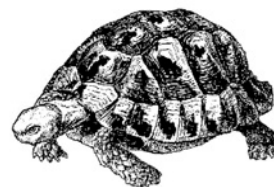


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Brandenburg: SPD – das neue Linksaußen

AG Wahlbeobachtung zur Wahl in Brandenburg

In: *express* 10/2024

In einer Umfrage der *ARD* vor der brandenburgischen Landtagswahl gaben 75 Prozent der SPD-Wähler:innen an, zwar vom politischen Angebot der Partei »nicht überzeugt« zu sein, aber SPD wählen zu wollen, »um eine starke AfD zu verhindern«. Es war genau dieser im weitesten Sinne antifaschistische Impuls, der in Kombination mit der Popularität des amtierenden Ministerpräsidenten Dietmar Woidke dafür sorgte, dass die SPD am Ende mit rund 31 Prozent knapp vorne lag und die AfD »nur« den zweiten Platz belegte. Dass dies inzwischen schon als Erfolg gilt, sagt viel über die Stärke der Rechtsextremen aus. Bei stark gesteigerter Wahlbeteiligung zeigten 29 Prozent Zustimmung und der Gewinn von 25 der 44 Wahlkreise, wie breit die Rechtsextremen in Brandenburg verankert sind. Da wegen der Fünf-Prozent-Klausel weder Grüne noch Linke im neuen Landtag vertreten sind, erreichte die AfD damit auch eine Sperrminorität mit einem Drittel der Landtagssitze. Das ist die andere Seite der Zuspitzung um den Platz Eins »Woidke oder AfD«: dass die Parteien links der SPD nicht mehr im Landtag vertreten sind und die AfD wegen dieser links »ausgebuchten« Stimmen institutionell beträchtlichen Schaden anrichten kann. Wie das richtige taktische Wählen gegen rechts aussehen kann, bleibt eine offene Frage.

Inhaltlich sieht es noch trister aus. Auch in Brandenburg bestimmten die Themen der Rechten den Wahlkampf. Alle vier im neuen Landtag vertretenen Parteien befürworteten eine verschärfte Migrationspolitik. Lediglich die Linke und – mit großen Abstrichen – die Grünen hielten hier dagegen. Die kritischen Anmerkungen der Grünen gegen die Abschiebungskampagne waren meist technischer Natur. Der Einbruch der Grünen folgte einer auf breiter Front befeuerten Hasskampagne, deren reaktionärer Gehalt, auch wenn man für die Regierungspartei ansonsten nichts übrig hat, abstoßend war. Das Grünen-Bashing ging weit über die Partei Bündnis 90/Die Grünen hinaus und war grundsätzlich gegen die Ansprache des Klimawandels, feministische Fragestellungen und Antidiskriminierungspolitik gerichtet. Noch größere Verluste erlitt allerdings die Linke. Sie verlor wie zuvor in Sachsen und Thüringen einen Großteil ihres konservativen Anhangs an das BSW. Viele ehemalige Wähler:innen der Linken entschieden sich zudem taktisch oder aus Überzeugung für die SPD. Nicht wenige blieben diesmal ganz zu Hause. Winziger Lichtblick für die Linke blieb ihr landesweit relativ gutes Abschneiden bei Erstwähler:innen und jungen Frauen – beides war aber zu wenig, um auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Spitzenkandidat Sebastian Walter bemerkte laut *rbb* selbstkritisch: »Wir haben zu lange versucht, das Thema Frieden zu umschiffen, ohne dabei klar sein zu können.« Aber auch der Versuch der ehemaligen Landtagsabgeordneten Kerstin Kaiser, in ihrem alten Wahlkreis rund um Strausberg mit einem dezidiert auf den BSW-Anhang zielenden Wahlkampf inklusive »Friedensfest« und dem Motto »Bewährt unbequem gegen Krieg!« das für den Landtagseinzug der Linken entscheidende Direktmandat zu gewinnen, scheiterte dramatisch. Sie erhielt lediglich 9,3 Prozent der Erststimmen, während das BSW, das selbst nirgendwo direkt kandidierte, in ihrem Wahlkreis fast 17 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinte.

77 Prozent der BSW-Wählenden machten sich laut *Infratest dimap* vor der Wahl »große Sorgen, dass der Rechtsextremismus in Deutschland weiter zunimmt.« Mit den Nazis will man nichts zu tun haben. Gleichwohl stimmten alle BSW-Wähler:innen für eine Partei, die in puncto Ressentiments, Rückwärtsgewandtheit und Personenkult große Schnittmengen zum rechten Rand aufweist. Dies gilt bekanntlich auch bezüglich der Haltung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine.

In Brandenburg stehen nun Verhandlungen über eine Große Koalition aus SPD und BSW an. Die Wagenknecht-Partei wird zeigen müssen, wie sie ihre Wahlversprechen vom Frieden in der Ukraine bis zum genderfreien Schulunterricht umsetzen will. Die Erwartungen an die neue Heilsbringerin sind groß, die Fallhöhe ist entsprechend. Allerdings ist erkennbar, dass im BSW die Performance und Ausgangslage für die Bundestagswahl im nächsten Jahr die konkreten landespolitischen Fragen und auch das »ob« einer Landesregierungsbeteiligung überlagert.

Wahlverhalten nach Gruppen

Die Wahlergebnisse in Brandenburg spiegeln Trends wider, die bereits in Sachsen und Thüringen sichtbar waren. Frauen wählen generell deutlich seltener AfD als Männer, wenngleich auch in Brandenburg auf hohem Niveau (siehe Tabelle 1). Dies gilt in allen Altersgruppen. Unter den Erstwähler:innen ist die AfD mit 30 Prozent die relativ stärkste Partei, deutlich vor der SPD mit 19 Prozent. In der Altersgruppe der 16- bis 29jährigen erreichen sowohl Linke wie Grüne vor allem unter den jüngeren Frauen mit ihre besten Ergebnisse, aber auch das BSW schneidet hier überdurchschnittlich ab.

Auch in Brandenburg: Arbeiter:innen verstärken Rechtstrend

Wie schon bei den Wahlen in Sachsen und Thüringen verstärken auch in Brandenburg diejenigen Wähler:innen, die sich der Gruppe der »Arbeiter« zuordnen, den allgemeinen Trend nach rechts. Dies zeigen sowohl die Nachwahlbefragungen von *Infratest dimap* als auch der Forschungsgruppe Wahlen. Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz erneut bei den berufstätigen Arbeiter:innen. Von diesen haben laut *Infratest dimap* 46 Prozent bei der AfD ihr Kreuz gemacht. Wenn wir zudem die erwähnten Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern in Betracht ziehen, so kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der berufstätigen Arbeiter in Brandenburg gegenwärtig bei der extremen Rechten ihre politische Heimat hat.

Nun besteht die Klasse der Lohnabhängigen, wie wir bereits bei anderen Wahlen angemerkt haben, soziologisch neben den Arbeiter:innen, die alles andere als einen monolithischen Block darstellen, auch aus der ebenfalls ausdifferenzierten Gruppe der Angestellten, die seit Langem die große Mehrheit der Beschäftigten darstellt. Die Unterschiede bezüglich der Wahl extremer Parteien sind auffällig und galten bereits 1999 in Bezug auf die DVU. Gleichwohl ist auch in dieser Beschäftigtengruppe, die von Verkäuferinnen über Pflegekräfte und Ingenieur:innen bis hin zu Angehörigen des unteren und mittleren Managements reicht, die AfD seit 2014 fest verankert (siehe Tabelle 2).

Unübersehbarer Einbruch der Linken

Der Einbruch der Linken ist dagegen sowohl im Arbeiter:innen- wie Angestelltenbereich unübersehbar. Konnte sie bis 2009 noch etwa 30 Prozent der Arbeiter:innen von sich überzeugen, kam 2014 auffallend parallel zum Wahlantritt der AfD der erste große Einbruch. Der zweite folgte 2019, bis bei der diesjährigen Wahl die Linke unter den Arbeiter:innen völlig zerrieben wurde. Nur wenig besser verlief die Entwicklung bei den Angestellten. Während die SPD sich hier nach 1999 bei den Angestellten bei etwa 30 Prozent stabilisieren konnte, kannte die Entwicklung der Linken auch hier ab 2009 nur noch eine Richtung. Der Einbruch von 2014 erfolgte vor der Aufnahme Geflüchteter aus Syrien im Sommer 2015. Die unter anderem von Michael Brie im *Jacobin* vom 19. Juli 2024 und auf der Kommentarseite von *Sozialismus* am 22. August aufgestellte Behauptung, die »Arbeiterklasse« habe sich wegen einer verfehl-

ten Migrationspolitik der Parteiführung von der Linken abgewandt, findet hier keine Grundlage.

Und die Gewerkschaftsmitglieder

Der DGB gratulierte in einer Presseerklärung am Tag nach der Wahl »Dietmar Woidke und der Brandenburger SPD herzlich zu ihrem deutlichen Wahlsieg«. Zum Ausscheiden von Grünen und Linken aus dem Landesparlament kein Wort des Bedauerns, ebenso kein Kommentar zum Wahlerfolg des BSW. Das »gute Wahlergebnis« der AfD sei »die negative Seite für die Brandenburger Beschäftigten.« Dass hierzu auch zahlreiche Mitglieder der Gewerkschaften beigetragen haben, bleibt unerwähnt und wird auch sonst nicht weiter problematisiert.

Unter den Arbeiter:innen scheinen die Gewerkschaftsmitglieder etwas weniger anfällig für die Rechtsextremen zu sein als die Nichtmitglieder. Bei den Angestellten verhält es sich allerdings, folgen wir der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, umgekehrt. Hier haben 28 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die AfD angekreuzt, während unter allen Angestellten »nur« ein Viertel so gewählt hat.

In den DGB-Gewerkschaften ist es kein Geheimnis, dass es auch unter Betriebsratsmitgliedern AfD-Wähler:innen gibt – alles andere wäre auch erstaunlich. Eine interessante Frage ist, inwieweit von AfD-Sympathisant:innen oder Mitgliedern dominierte oder beeinflusste Betriebsratsgremien eine spezifisch rechte Betriebspolitik betreiben und worin diese sich dann von »normaler« Betriebspolitik unterscheidet. Und: Sind die aktiven Kreise der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften tatsächlich resilienter gegen rechts als die Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit? Fragen, die es jenseits der Wahlberichterstattung einmal wert wären, näher untersucht und diskutiert zu werden.

Tab. 1: Brandenburg: Wahlentscheidung 2024 nach Wählergruppen (in Prozent)*

	SPD	AfD	BSW	CDU	Grüne	LINKE
Wahlergebnis (Wahlbeteiligung: 72,9)	30,9	29,2	13,5	12,1	4,1	3,0
FG Wahlen						
Frauen	33	24	15	12	5	4
Männer	29	35	12	12	4	3
Altersgruppe 16-29 J. (Frauen)	21	24	16	9	8	9
Altersgruppe 16-29 J. (Männer)	21	36	11	10	5	5
Altersgruppe ≥ 60 J. (Frauen)	45	18	16	12	2	2
Altersgruppe ≥ 60 J. (Männer)	38	28	15	12	2	2
Infratest dimap						
Erstwähler:innen	19	30	14	10	6	8
FG Wahlen						
»Arbeiter« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	29	38	12	10	2	3
»Angestellte« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	33	25	15	12	5	3
Infratest dimap						
(berufstätige) Arbeiter:innen	24	46	12	7	2	1
(berufstätige) Angestellte	31	29	12	11	5	4
Rentner:innen	40	22	18	12	1	2
FG Wahlen						
Gewerkschaftsmitglieder	35	28	13	12	3	3
Gew.mitgl. + »Arbeiter«	32	32	13	10	1	3
Gew.mitgl. + »Angestellte«	35	27	15	10	4	4

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap; zit. n. Neu, Viola/Pokorny, Sabine: Wahlanalyse der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024, Konrad-Adenauer-Stiftung, 23.09.2024

* Unterschiedliche Erhebungsmethoden: Die Forschungsgruppe Wahlen fragt zunächst nach dem Erwerbstatus »berufstätig, Rentner, arbeitslos, in Ausbildung« und danach nach der »Berufsgruppe« »Arbeiter, Angestellter, Beamter, Selbstständiger, Landwirt«. Die »Berufsgruppen« umfassen somit Berufstätige wie auch Rentner:innen und Erwerbslose. Bei Infratest dimap wird hingegen nach »Arbeitern, Angestellten, Beamten, Selbstständigen, Rentnern, Arbeitslosen« unterschieden. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat man es hier, korrekte Antworten unterstellt, mit berufstätigen »Arbeitern« etc. zu tun.

Tab. 2: Wahlverhalten nach Beschäftigtengruppen 1999 – 2024 (Auswahl)

	Linke/PDS	SPD	CDU	AfD
Arbeiter:innen*				
2024	1	24	7	46
2019	8	20	12	44
2014	19	30	16	19
2009	29	29	14	
2004	30	28	15	10 (DVU)
1999	19	37	24	10 (DVU)
Angestellte*				
2024	4	31	11	29
2019	10	22	14	23
2014	17	31	23	12
2009	24	34	20	
2004	24	33	24	5 (DVU)
1999	25	41	25	3 (DVU)

Quelle: Infratest dimap, Nachwahlbefragungen, teilw. zit. n. Konrad-Adenauer-Stiftung.

* Arbeiter und Angestellte ohne Rentner:innen u. Erwerbslose, siehe Anm. Tabelle 1

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12